

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

Erstheint Wertags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarverkehr 2.15 M. in Barmen 2.20 M. vierteljährlich, hierzu Beleggeld 30 Pfg.

Anzeigen 18 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Monatszeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



## Der Kriegszustand in Bayern.

Es ist aufgefallen, daß über die großen Kundgebungen in München am letzten Sonntag so wenig, um nicht zu sagen: nichts bekannt wurde. Die Regierung Eisners hat offenbar keine Meldungen von Belang hinausgehen lassen und die Zeitungen unter Beobachtung gestellt. Und doch weiß man genau, daß in München und Nürnberg und damit vielleicht in ganz Bayern ein Kampf von entscheidender Bedeutung sich abspielt, vorläufig ohne viel Pulverdampf und Blut, weil der Kampf noch nicht viel über die erste Entwicklung hinausgekommen ist. Aber man darf sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Lunte schon am Pulverfaß liegt. Es handelt sich kurz gesagt um den Existenzkampf des Rätesystems im allgemeinen und um die Nachstellung Eisners im besonderen. Beide führen den Kampf zwar bislang noch scheinbar getrennt, aber erschüttert mit dem gleichen Zweck. Die Volkstimmung in Bayern, darüber kann kaum ein Zweifel sein, ist gegen die Räte ebenso sehr wie gegen die Herrschaft Eisners eingenommen; nichts ist so bezeichnend, als daß bei den Landtagswahlen in Bayern weder Eisner noch sein aus Hamburg herbeigezogener Freund und Finanzminister Raffke irgend ein Landtagsmandat in Bayern zu erobern vermochten, obgleich beide in einer ganzen Anzahl von Bezirken ihre Namen auf die Wahllisten setzen ließen. Nun hat der Minister für das Heerwesen, Kosschützky, der Volksstimmung Rechnung tragend, eine völlige Umbildung des Heerwesens auf der Grundlage der Volkswehr und der allgemeinen Dienstpflicht in Aussicht genommen und dabei Zustimmung des größeren Teils des Ministeriums, namentlich auch von Seiten des Ministers Auer gefunden. Der A- und S-Rat München setzte dem Plan sofort den heftigsten Widerstand entgegen. Die Einrichtung einer Bürgerwehr...it geordneter Verwaltung würde die A- und S-Räte entscheidend machen und sie jedenfalls der politischen Macht entkleiden; die Räte aber sind die einzige Stütze der Herrschaft Eisners, der zwar am liebsten auch ohne die Machtansprüche der Räte regieren möchte, diese aber doch zurzeit nicht entbehren kann. Der Versuch, Kosschützky und sein „Weiße Garde“ im Ministerium zu stürzen, ist bis jetzt nicht gelungen, offenbar weil eben die Mehrheit der Regierung zu Kosschützky steht. Die Katastrophe durch Gewalt herbeizuführen, wie wahrscheinlich geplant war, ließ sich auch nicht durchführen, weil sowohl Mehrheitssozia-

listen als Gewerkschaftler und sonstige Kreise der zum Putz außerlesenen Demonstration am Sonntag mit dem ausgesprochenen Zweck des „Schutzes der Regierung“ — also doch wohl Kosschützky, Auer usw. — sich angeschlossen. Die Ueberrumpfung war also in ihrem Erfolg minderbekannt, und so begnügte sich Eisner, an der Spitze des Zuges zu erscheinen. In Nürnberg dagegen, die Ueberrumpfung durch die Spartakisten besser gelungen. Bei einem Umzug, der nach den üblichen Versammlungen veranstaltet wurde, fielen die auch aus Berlin bekannten Schüsse gerade in dem Augenblick, als die Spartakisten vor dem ins Auge gefaßten Gebäude, in diesem Fall dem Generalkommando, angekommen waren. Mittels zufällig vorhandener Handgranaten, Maschinengewehre usw. wird das Haus gestürmt, besetzt und Nürnberg ist nun in den Händen einer kleinen spartakistischen Minorität. München wäre es, wenn nicht dort die Nichtspartakisten etwas vorsichtiger gewesen wären. Aber die Lunte liegt am Pulverfaß. Der Kongreß der A- und S-Räte Bayerns, der gegenwärtig in München tagt, hat die Fanfare geblasen. Er steht ganz unter dem Einfluß der Bolschewisten Lewin-Nähm-Landauer und er wird die erste Gelegenheit ergreifen, seinen Willen zur Macht durch eine neue Ueberrumpfung durchzusetzen, die Mehrheitssozialdemokratie und Bürgerium vielleicht weniger vorbereitet trifft als am 16. Februar. Es ist ein Kriegszustand in Bayern, der zur Entscheidung drängt und der auch deshalb das Interesse herausfordert, weil er typisch sein wird für manche andere Reichsteile. Wollen sich die gemäßigten Elemente der Bevölkerung vor der Gewalttätigkeit einer kleinen, aber entschlosseneren Minorität bewahren, so müssen sie wachsam und — einig sein.

## Neues vom Tage.

### Die Unstimmigkeit.

Weimar, 18. Febr. Gestern nachmittag fand nach Schluß der Sitzung der Nationalversammlung eine mehrstündige Beratung des Ministeriums statt, der auch Graf Broddorf-Rangau beizuwohnt. Broddorf führte Klage, daß das A. Binnet die Waffenstillstandsbedingungen gebilligt habe, die er in seiner Rede in der Nationalversammlung als schlechthin unannehmbar bezeichnet habe. Das Ministerium hat Broddorf, sein Amt vorläufig weiterzuführen, was dieser davon abhängig

mache, daß das Ministerium gewisse Garantien gebe, daß die Unterhändler für den Waffenstillstand mehr unter Einfluß und Aufsicht des Auswärtigen Amtes kommen. Bei der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen am Sonntag waren nach der „Voss. Ztg.“ nur wenige Mitglieder der Reichsregierung und der zu den Beratungen zugezogenen Fraktionen in Weimar anwesend, die meisten waren über den Sonntag fortgereist. Dadurch sei es nicht möglich gewesen, der Entscheidung der Regierung die breite Grundlage zu geben, die für die so überaus wichtige Maßnahme erforderlich war. (1)

### Katastrophale Wirkungen.

Berlin, 18. Febr. Der Vertreter der Marine-Inspektion bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa, Kapitän zur See Panfelow, hat um seine Entlassung gebeten, da er überzeugt sei, daß die am 16. Februar vom Minister Erzberger in Trier unterzeichneten und von der Reichsregierung gebilligten Waffenstillstandsbedingungen eine verheerende Katastrophe in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung für Deutschland bringen werden.

### Hindenburg für Ludendorff.

Weimar, 18. Febr. Auf die verlegenden Neuherungen Scheidemanns über General Ludendorff in der Nationalversammlung hatte ein Stabschef Ludendorffs sich beschwerdeführend an Generalfeldmarschall von Hindenburg gewandt mit der Bitte, die gegen den abwesenden General gebrauchten Beleidigungen zurückzuweisen. Hindenburg hat der Bitte entsprochen und laut „Tagebl.“ an den Ministerpräsidenten Scheidemann ein Schreiben gerichtet, in dem er die Verunglimpfung Ludendorffs auf das entschiedenste zurückweist. Das Schreiben wurde durch Flugpost befördert.

### Rücktritt.

Berlin, 18. Febr. Der Vorstand der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Heilbrunn, wird zurücktreten.

### Wehrschule.

Berlin, 18. Febr. Demächst soll an Stelle der bisherigen „Kriegsschule“ eine „Wehrschule“ in Potsdam eröffnet werden. Zum Kommandanten wurde Oberst

## Ein Deutscher

Von Otto Ruppins.

Fast eine Stunde mochte er bereits seinen Platz im Büro eingenommen haben, und er begann sich eben zu wundern, daß sich der Kassier noch nicht eingestellt hätte, als John aus dem vorderen Räume ins Kassenzimmer trat und die Tür hinter sich zuzog. „Nun, die Krankzeit vorüber?“ rief er launig, an den arbeitenden Reichardt herantretend, warf aber den Kopf zurück, als er in das Gesicht des Aufblickenden sah. „By George, Sie sehen schlecht aus, Mann,“ sagte er, „was ist denn los mit Ihnen? Ich denke doch nicht, daß Sie im Geschäft Streiche wie gestern Abend machen werden?“

„Hat keine Gefahr, Sir,“ erwiderte Reichardt mit einem halben Lächeln. „Ich bin völlig wieder wohl, und denke mich auch so zu halten!“

„Well, Sir, das ist gut — aber wegen gestern Abend,“ versetzte der andere, noch immer das bleiche Gesicht des Deutschen betrachtend, „es hat mir etwas Nähe gefolgt, die Gesellschaft über Ihr Davonlaufen zu beruhigen; die Mädchen schienen sich sämtlich für Sie interessiert zu haben.“ Reichardt fühlte seine Brust enger werden; er glaubte, hören zu müssen, wie sich Margaret gedauert und kaum wußte er, sollte er es wünschen oder fürchten. — John aber brach mit einem: „Doch die Hauptsache, weshalb ich kam!“ ab und zog die Stirn in Geschäftsfalten. „Mr. Bell wird für zwei oder drei Tage abwesend sein,“ fuhr er fort, „ob er krank ist, ob er Hochzeit mit seiner Wittin machen will, oder was sonst los ist, weiß ich nicht. Vater hat seine Zustimmung gegeben, und es fragt sich jetzt nur, ob Sie glauben, während der Zeit allein fertig werden zu können.“

Reichardt sah überrascht auf, und seine Wangen fingen an, sich wieder zu röten. „Ich denke“, erwiderte er, „wenn mir so viel Vertrauen geschenkt werden soll —“

„Und so weiter!“ unterbrach ihn John; „um das

Vertrauen handelt es sich jetzt nicht, das haben Sie vom ersten Tage an in noch größerem Maße befehen, als ich selbst vielleicht, wenn ich auch heute noch nicht weiß, wo der Haken steckt. Wo ich übergebe Ihnen in aller Feierlichkeit die Kassenschlüssel. Vater empfiehlt Ihnen nur noch, Bells Bücher unberührt zu lassen und nur ein Hilfsbuch zu führen.“

Reichardt hatte mit einem Gesähle, das sein ganzes Innere hob und allen Schmerz der letzten Nacht in den Hintergrund drängte, die Schlüssel ergriffen und verließ sein Pult. „Ich hoffe, das in mich gelegte Vertrauen zu rechtfertigen, Sir,“ sagte er, „und ich bitte Sie nur noch hier zu bleiben, bis ich den Kassenbestand mit dem Abschluß verglichen habe.“

Nach einer Stunde sah Reichardt wieder allein und blickte wie in tiefen Gedanken über seine Bücher weg. „Ich werde sein Vertrauen rechtfertigen, weiß ich auch nicht, woher er kommt,“ sagte er leise vor sich hin, „ich werde es rechtfertigen, selbst da, wo es am bittersten und schwersten ist. Das ist der gute Geist, der die bösen von mir halten soll!“

13.

Drei Wochen waren vergangen, John, von denen Reichardt meinte, daß sie ihn fünf Jahre älter gemacht, und doch hatten sie kaum etwas von besonderer Bedeutung gebracht. Bell hatte nach seiner Rückkunft mit deutlich angedrücktem Besremden Reichardts selbständige Verwaltung seines Amtes bemerkt, hatte eine lange Prüfung des von diesem geführten Kassenbuchs vorgenommen und dem alten Frost, als dieser lächelnd gefragt, ob alles in Ordnung sei, topfschüttelnd erwidert, er sehe bis jetzt noch nichts unredliches, indessen lasse sich das nicht im Augenblicke beurteilen, und er liebe es nicht, Unverantwortliche mit Geschäften voller Verantwortlichkeit zu betrauen, worauf jener mit einem leichten Kopfnicken bemerkt, daß alles Gehehene unter seiner eigenen Verantwortlichkeit erfolgt sei, was wohl genügen werde. Dem Kassierer schien es indessen nicht zu ge-

nügen, wenigstens sah Reichardt sein Hilfsbuch, ohne in die Bücher übertragen zu werden, zur Seite gelegt; sah Bells eigentümliche Schreibeart gegen sich im Zunehmen, und ein Gefühl von Bitterkeit hatte sich in Reichardt festzusetzen begonnen, das ihm alle Arbeitslust zu nehmen drohte.

Reichardt war am Ende der Woche nach langem Ratzflegen mit sich selbst zu dem Entschlusse gelangt, sich um seine Wiene des Kassierers mehr zu kümmern, und wenn auch ohne Freude, so doch ohne steten Verger seiner Pflicht nachzuleben, als sich ihm John beim Gehen des Büros anschloß. „Meine Schwester mö. Sie sehen, Reichardt,“ sagte er, „sie hat Sie schon im Lauf der Woche erwartet, ich habe Sie als er entschuldigt und ihr eine so herzerreißende Schilderung von Ihrem leidenden Aussehen gemacht, daß sie seitdem Ihrer mit keinem Worte mehr erwähnt hat — kommen Sie aber doch einmal abends!“

Reichardt hatte nur zwei kurze Blicke in das Gesicht des Sprechenden geworfen; als er sich aber jetzt von diesem trennte, mußte er sich die eigentümliche Wiene wieder vorstellen, mit der jener zu ihm getreten war. Mühte er etwas von dem, was in Reichardts Innern vorging, und ließ im Stillen seinen Humor spielen?

Die zweite Woche hatte ihren Anfang gleich der vergangenen genommen, nur daß Reichardt sich bestrebt, die möglichste Gleichgültigkeit dem Wesen des Kassierers entgegenzusetzen und diesen nur in Fällen, wo es sich nicht umgehen ließ, als überhaupt amwesend zu betrachten, und er fühlte schon nach den ersten zwei Wochen, daß sein Verfahren nicht ohne Wirkung blieb. Keiner schien sich mehr um den andern zu bekümmern. Reichardts Erfahrung ermöglichte es ihm, seine Arbeit ohne Fragen zu verrichten, und Bell schien von des andern Tätigkeit nur Notiz zu nehmen, wenn dessen Arbeiten auf seinem „ulte lagen.“





vondenmann, bisher Lehrer der Waffenkunde an der Kriegsschule, ernannt.

### Rundgebung.

**Berlin, 18. Febr.** Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen hat am 1. Februar an die Christlich-geistesamen aller Länder wegen Aufhebung der Hungerblockade und Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen einen Funkbrief ausgehen lassen. Der Verband deutscher evangelischer Pfarrer-Bereine, dem über 12000 Pfarrer angehören, hat einstimmig beschlossen, sich diesem Aufruf anzuschließen.

### Amerikanische Kontrolle.

**Koblenz, 18. Febr.** (Davas.) 400 unbewaffnete amerikanische Soldaten, unter Befehl von 60 Offizieren der 1. und 2. Armee, kehrend im Sonderzug am Samstagabend auf der Reis nach Berlin hier durch. Von Berlin werden sie nach den russischen Gefangenenlagern geschickt werden, um eine gute Behandlung der Gefangenen sicher zu stellen. Jedes Lager wird einen Befehl von 3 Offizieren und 24 Soldaten erhalten.

**Hamburg, 18. Febr.** Der amerikanische Torpedobootzerstörer „Parker“ ist gestern früh hier eingetroffen. Der amerikanische Kreuzer „Chester“ wird heute früh erwartet.

### Die Spartakisten.

**Mülheim a. Rh., 17. Febr.** Von Essen, Düsseldorf und anderen Orten treffen zahlreiche bewaffnete Spartakisten ein, so daß Mülheim als Zentrale der Bewegung anzusehen ist. Wie behauptet wird, sollen in der vergangenen Nacht die Regierungstruppen von den Spartakisten zurückgetrieben worden sein. Mülheimer-Spartakisten brachten Minenwerfer und Geschütze nach Dorsdorf.

**Weimar, 18. Febr.** Nach den bei der Regierung eingetroffenen Nachrichten befinden sich neun Zehntel des Ruhrgebietes in der Hand der Kommunisten, die jede Kohlenbeförderung gewaltsam hindern. Die Regierung wird 30000 Mann in das Ruhrgebiet senden.

**München, 17. Febr.** In der Sitzung des Kongresses der Bayer. A- und S.-Räte brachten die Unabhängigen den Antrag ein, daß die bisher bestehenden Verordnungen zur Bildung einer Volkswehr in die Hand der örtlichen A- und S.-Räte gelegt werden sollen. Sämtliche Räte über die bereits angeworbenen Offiziere und Mannschaften sind bei der Uebergabe vorzuliegen. Wer sich von den Führern der Verbesserten weigert, ist in Säughaft zu nehmen. Es dürfen nur gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter und handwerklich organisierte Bauern angeworben werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ein Ausschuss begab sich sofort in das Ministerium für militärische Angelegenheiten.

Ein Antrag der A- und S.-Räte Bayerns verlangt, daß drei Mitglieder des Kongresses sich nach Nürnberg begeben, um den drohenden Bürgerkrieg unter allen Umständen zu verhüten. Arbeiterrat München führte die Nürnberger Vorfälle auf den Hoffahnen der Erlaß zur Bildung einer „Weißen Garde“ zurück. Der Kongress solle darauf verzichten, Stellung für eine oder andere Partei zu nehmen. Ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten erklärte aber, die von Nürnberg vorgebrachten Gründe für die Nürnberger Vorfälle seien nicht zutreffend. Es handle sich in Nürnberg um spartakistische Dinge. Man könne nicht zugeben, daß in die Hand voll Leute es zum Blutvergießen bringt. Den Spartakisten wird eine Frist gestellt, das Generalkommando zu räumen.

### Der Krieg im Osten.

**Vibau, 18. Febr.** Lettland-litauische Front: In Lettland herrscht Ruhe. Murewiewo wurde am 16. Febr. vormittags von Westen, Süden und Südosten von unehrer Truppen überfallen im Sturm genommen. Die überlegene bolschewistische Besatzung stieß nach längerer zäher Verteidigung unter Zurücklassung von 40 Toten in den tiefen Wald. Eigene Verluste: 1 Toter, 1 Verwundeter. Heute an Gefangenen, Feldflaschen, Wagen, Pferden und Ausrüstungen. Der Ort wurde planmäßig wieder geräumt. Gareson und Pampeln wurden stark besetzt. Nach Eintritt der Dunkelheit griff der Feind mit Maschinengewehren und Geschützen bei Schründen an. Er wurde abgewiesen.

**Danzig, 17. Febr.** Heute liefen die amerikanischen Dampfer „Lake Mary“, „Lake Damely“ und „Lake Wicnic“, mit Lebensmitteln für Polen beladen, in den Hafen von Danzig-Neufahrwasser ein.

**Rawitsch, 18. Febr.** Die Polen binden sich nicht an die Waffenstillstandsbedingungen. Der Volksrat zu Rawitsch teilt mit: Trotzdem gestern um 5 Uhr nachmittags der Waffenstillstand begonnen hat, unternahmen die Polen seit den Abendstunden heftige Angriffe auf Sarne, Friedrichweiler, Laszyn und Konarzewo, wobei sie starke Artillerie verwenden.

**Cosel, 18. Febr.** Zweihundert polnisch sprechende Männer und Frauen in Oberschlesien erklären in einer Entschiedenheit, daß sie im alten Verband mit Preußen und Schlesien leben wollen.

### Die Wahlen in Oesterreich.

**Wien, 17. Febr.** Nach den bisherigen Meldungen wird folgendes Gesamtergebnis erwartet: 75 Soz., 63 Christl. Soz., 22 Deutsch-Freiheitliche, 1 Tscheche und 1 Jüdisch-Nationaler.

### Von der Friedenskonferenz.

**Paris, 18. Febr.** (Davas.) Diplomatischer Situationsbericht. Marschall Foch berichtet am Montag den Vertretern der Großmächte über die Annahme des Waffenstillstandsvertrags durch Deutschland. Nach den Erklärungen trug Weigand eine kleine Forderung in der Demarkationslinie in Polen vor. Die Frage der den Deutschen entzogenen Gebiete wurde besprochen. Die Ueberwachung und der Schutz dieser Gebiete werde in Warschau durchgeführt. Da es sich

nur um eine vorläufige Maßnahme handelt, wird keine feste Stellung dazu zu nehmen sein. Ferner kam die Ablieferung der Handelschiffe, des noch ausstehenden rollenden Materials und der Tauchboote zur Sprache. Auch wurde die Rückgabe der aus dem besetzten Gebiet weggeführten Industriewerte usw. besprochen und es wurde dabei speziell auf Glas-Lothrungen hingewiesen.

In dem Waffenstillstandsabkommen sei zu bemerken, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Abmachung handele. In den nächsten Tagen werde eine endgültiger Waffenstillstandsentscheidung vorgelegt werden, der bis zum Abschluß des Vorfriedens Geltung haben solle. Deutschland werde danach nur eine Militärmacht von 25000 Mann zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung besitzen dürfen. Alle Kriegsgüter seien mit den Kriegsindustrien der Entente unterstellt werden. (Was werden wir alles noch zu hören bekommen!)

**Paris, 18. Febr.** Nach der Rückkehr des Marschalls Foch aus Trier wird unter seinem Vorsitz eine Kommission von 8 Mitgliedern den endgültigen Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland ausarbeiten. Der Vertrag solle bis Ende der Woche fertiggestellt sein. Die neuen Bedingungen werden den Bestand des deutschen Heeres und den Umfang der zulässigen Rüstung an Waffen und Munition festlegen. Ferner werden den deutschen Armeekorps die Orte ihrer Garnisonen genau vorgeschrieben.

**Paris, 18. Febr.** Der „Temps“ behauptet, in infolge des Ausbruchs im deutschen Kohlengebiet die Kohlenzufuhr nach dem besetzten Gebiet aufhören würde, so werde der Oberste Kriegsrat den Waffenstillstand mit dreitägiger Frist kündigen.

**Rotterdam, 18. Febr.** Nach einem Telegramm aus Antwerpen ist der Dampfer „Durham Castle“, mit dem sich die nationalisierenden Vertreter (Deurt, Derzog u. a.) nach Paris begeben wollten, ohne diese abgefahren, weil die Matrosen sich weigerten, die Angeordneten an Bord zu nehmen, denn sie seien deutschfeindlich und englandsfeindlich gesinnt.

**Genève, 18. Febr.** „Homme Libre“, das Blatt Clemenceaus, schreibt: Brodorsky-Mangans Geschicklichkeit wird ungeschicklichkeit, weil sie undurchsichtig ist. Den Staatsmännern, die heute die Regierung Ebert bilden, falls nur die Schuppen von den Augen, wenn Zwang angewendet wird. Es genügt nicht, daß Deutschland seine Fehler anerkennt, man muß ihm auch das Wiederanfangen unmöglich machen. Alle Redensarten Brodorskys dürfen die Franzosen nicht vergessen lassen, daß der Friede gegen niemand, aber niemals für Deutschland gemacht werden darf.

### Wilson über die Freiheit der Meere.

**Washington, 18. Febr.** Wilson erklärte einem Mitarbeiter der „Newport Herald“: Neutralität wird es im Völkerverbund nicht mehr geben, denn die Neutralitäten werden alle ein Bestandteil des Bundes werden müssen und insolge dessen sich den Beschlüssen fügen, falls ein bewaffnetes Einschreiten gefordert wird. Sobald es keine Neutralitäten mehr gibt, gibt es auch keine Frage der Freiheit der Meere mehr, denn diese Frage entsteht erst durch die Beziehungen zwischen den Kriegführenden und den Neutralen. Wilson fügte hinzu, daß diese Auffassung nicht von englischer Seite komme, sondern er (Wilson) sei zu dieser Schlussfolgerung gekommen.

Wilson beabsichtigt in ganz Nordamerika eine große Bewegung für den Völkerverbund einzuleiten. Er glaubt, daß der Friedensvertrag im Juni den Mächten zu Ratifizierung vorgelegt werden könne.

### Die französischen Marineverluste.

**Paris, 17. Febr.** (Davas.) Der „Matin“ veröffentlicht die amtliche Zahl der Verluste, die die französische Kriegsmarine im Laufe des Kriegs erlitten hat. Die Verluste umfassen die Panzerschiffe: Bouvet, Surcouf, Gaulois und Danton, 4 Panzerkreuzer: Leon Gambetta, Admiral Charner, Kieber, Dupetit Thouvenot, den Unterseebootszerstörer Chateau Renaud, 14 Geschwader Torpedoboote, 8 Torpedojäger, 14 Unterseeboote, 5 Zerstörer, 4 Minenboote, 62 gegen Tauchboote bewaffnete Scherbarlen, 1 Sloop, 4 Beobachtungsschiffe, 3 Tauchbootjäger. Zusammen 110000 Tonnen. England hat 55000, Italien 76000, die Vereinigten Staaten 17500, Deutschland 350000 und Oesterreich 75000 Tonnen eingebüßt.

**Berlin, 18. Febr.** Die Waffenstillstandskommission wird künftig dem Auswärtigen Amt unterstellt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brodorsky-Mangkou wird sich die Oberleitung über die Verhandlungen vorbehalten. Bei allen entscheidenden Fragen wird die Nationalversammlung befragt werden. — Die Gerichte über einen Rücktritt des Kapitäns Banjelow sind unbegründet.

**Mülheim a. Rh., 18. Febr.** Die aus Mülheim an der Ruhr gebrachte Nachricht, wonach die Regierungstruppen von den Spartakisten im Kampf zurückgeworfen worden sein sollen, wird von zuständiger Seite als falsch bezeichnet. — Das Generalkommando des VII. A. K. teilt mit: In einzelnen Städten des Industriegebietes sind Plakate angeschlagen, in denen angeblich von Seiten der Reichsregierung zum Kampfe gegen Münster aufgefordert wird. Es handelt sich natürlich um eine dreifache Fälschung. Die Regierung hat alle Zivilbehörden angewiesen, zum Schutze der Arbeitswilligen und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, falls die örtlichen Polizeikräfte nicht ausreichen, bei den zuständigen Garnisonskommandos, sowie Generalkommando militärische Hilfe anzufordern.

**Berlin, 18. Febr.** Zurzeit weisen 2 Offiziere des amerikanischen Hauptquartiers in Bremen, um sich zu überzeugen, daß in Bremen die Ordnung wiederhergestellt ist.

### Die chinesisch-japanischen Beziehungen.

**Berlin, 18. Febr.** Nach „Echo de Paris“ vom

14. ds. Mts. verursachen die chinesisch-japanischen Beziehungen in Washington Unruhe. Japan drängt darauf, daß China den für den Fall der Rückerstattung von Tsingtau mit Japan über die Schantung-Eisenbahn abgeschlossenen Vertrag in Kraft setzt, der ihm gewisse „ökonomische Vorteile in China zuichert, was die Frieoenstönner vor eine fertige Tatsache stellen würde. China hat dagegen die Diffe Amerikas angerufen, um der Gefahr zu begegnen, von Japan allmählich zerdrückt zu werden.



## Deutsche Nationalversammlung

Weimar, 17. Febr.

(Schluß.)

Minister Erzberger: Es ist nicht gelungen, irgend welche Forderung über die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen zu erlangen. Das ist die wenig erfreuliche, traurige Volkshaft die ich aus Trier mitzubringen habe.

Präsident Fehrenbach: Wir alle stehen unter dem Eindruck der Mitteilung, die uns Minister Erzberger über die schmerzlichen Verhandlungen in Trier gemacht hat. Das ganz deutsche Volk ist von schwerer Sorge über dieses Waffenstillstandsabkommen und seine Folgen erfüllt. Ich schlage des halb vor, die allgemeine politische Aussprache zu vertagen um morgen eine allgemeine Aussprache über das neue Volksgesetz zu lassen.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr.

Weimar, 18. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 20 Uhr. Protesttelegramme gegen die im neuen Waffenstillstandsabkommen festgesetzte Demarkationslinie sind eingegangen aus Bromberg, Birnbaum und Bentschen. Ein Telegramm eines Berliner Herrn wendet sich mit harten Worten gegen den „Vergeltungsspöbel“ und fordert die Einführung von Landesstrafen und das Verbot öffentlicher Tanzlustbarkeiten.

Herr Dr. Bögl (D.B.P.) begründet die Interpellation Helge über den Waffenstillstand. Mit grauamer Sicherheit wehrt der Feind uns zu quälen und Mittel zu finden, die uns dem Ruin entgegenführen müssen. Große Kreise der Industrie und des Handels, der Schiffahrt und des Gewerbes haben längst gewußt, daß die Wilsonschen Bedingungen nur gestellt worden sind, um uns zuerst zum Waffenstillstand zu bringen und uns dann zu vergewaltigen.

## Baden.

### Die badische Regierungskrise beigelegt.

(\*) **Karlsruhe, 17. Febr.** (Landeskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie Baden.) Die Unabh. Sozialdem. Partei Badens hielt am Samstag und Sonntag hier ihre erste ordentliche Landeskonferenz ab, die aus dem ganzen Land von 70 Delegierten besucht war. Die Partei beabsichtigt, vom 1. März ab eine Tageszeitung in Mannheim für den dortigen Bezirk herauszugeben und das Wochenblatt „Die sozialistische Republik“ mehrmals wöchentlich erscheinen zu lassen. In den Berichten von Adolf Ged-Offenburg und Herrn Kemmle-Mannheim und Georg Dietrich-Karlsruhe wurde der Standpunkt der Partei zum Ausbruch gebracht, der dem Mächtigsten vor dem Parlamentarismus den Vorzug gibt. Die U.S.D. will bei allen Wahlen selbständig vorgehen, so lange die Gegensätze zwischen den sozialistischen Parteien bestehen. Zum Landesvorsitzenden wurde Bernhard Kruse-Karlsruhe gewählt.

(\*) **Karlsruhe, 18. Febr.** Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß die Einführung einer Luftarbeitssteuer mit einem mitmahligen jährlichen Reinertrag von 103000 M. vorgeschlagen. Die Ertragssteuern dieser Steuer waren für 1918 in Heidelberg 32000 M., in Freiburg 140000 M. In Mannheim (1/4 Jahre) würde sie zu 100000 M. veranschlagt.

(\*) **Karlsruhe, 18. Febr.** W.D. meldet: Die Schwierigkeiten innerhalb der badischen vorläufigen Volksregierung, infolge deren Minister Trunk sein Verbleiben in der vorläufigen Regierung in Frage gestellt hat, ist beigelegt. Minister Dietrich wollte mit seiner Kritik hinsichtlich der Zentralisation der Wareneinfuhr aus dem Ausland, der öffentlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgegenstände im Inland, sowie hinsichtlich der Beteiligung des Handels sich nicht mit der Geschäftsführung des bad. Ministeriums in Ernährungsweisen in Widerspruch setzen. Die badische vorläufige Volksregierung billigt durchaus hinsichtlich der Einfuhr aus dem Ausland, der Bewirtschaftung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfs-



gegenstände im Inland sowie hinsichtlich der Vesteiligung des Handels die Auffassung und Geschäftsführung des Ministeriums für Ernährungswesen, welche den Reichsvereinigten, den überaus schwierigen allgemeinen Verhältnissen und den Notwendigkeiten im Interesse der Allgemeinheit ausgleichend gerecht werden will.

**Karlsruhe, 17. Febr.** Die Regierung hat den Ministerpräsidenten Geis und den Minister des Auswärtigen, Dietrich, zu Bundesratsbevollmächtigten, den Minister des Innern, Dr. Haas, den Verkehrsminister Rüdert und den Finanzminister Dr. Wirth zu stellv. Bevollmächtigten ernannt.

(-) **Durlach, 17. Febr.** Wir erhalten folgende Mitteilung: Am 9. Februar 1919 hat das Generalkommando des 14. N. R. vom Landesauschuss der Soldatenräte ein befristetes Erjuden erhalten, das im wesentlichen folgende Punkte enthielt: 1. Volles Kontrollrecht des Landesauschusses auch in Offiziersangelegenheiten. 2. Befehlen jeder Abteilung des Generalkommandos durch Leute des Landesauschusses und Mitzeichnung aller Verfügungen. 3. Es dürfen ohne Genehmigung des Landesauschusses keinerlei Maßnahmen getroffen werden. 4. Verringerung des Offizierbestands. Das Geschäftszimmerpersonal, Unteroffiziere wie Mannschaften, das sich insbesondere durch das in Punkt 2 ausgedrückte Mißtrauen getroffen und beleidigt fühlte, lehnte jede Mitarbeit von nicht sachmännisch vorgebildeten Leuten ab und beschloß einstimmig, falls der Landesauschuss sein Vorhaben durchzuführen versuchen sollte, jeden gewalttätigen Eingriff mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zurückzuweisen. Der Soldatenrat des Generalkommandos schloß sich dieser Entschliebung an.

**Mannheim, 18. Febr.** Im „Reichsanzeiger“ wird eine Bekanntmachung über die Ausgabe von 20 Millionen Schuldschreibungen durch die Stadtgemeinde Mannheim veröffentlicht.

(-) **Mannheim, 17. Febr.** Die Kriminalpolizei hat hier ein umfangreiches Schleichhandelslager von Tabak ausfindig gemacht.

(-) **Friberg, 18. Febr.** Im Schwarzwald treiben augenblicklich mehrere Schwindler ihr Unwesen. In Tennenbronn „kontrollierte“ ein Unbekannter bei einem Landwirt die Geldscheine und erklärte, der Betrag von 1200 Mk. bestehe in falschen Papieren und verschwand damit. In St. Georgen nahm ein Schwindler Aufträge für Dendrostoffe, Kaffee und Petroleum entgegen, kassierte das Geld ein und verschwand. Ein anderer Gauner gab sich in verschiedenen Höfen als Zahnarzt aus. Einer Bäuerin hat er 21 Zähne ausgezogen, nahm den Betrag für ein künstliches Gebiß und verschwand.

(-) **Todtmoos, 14. Febr.** Die Spartakusunruhen in Berlin haben zahlreiche Berliner veranlaßt, auch während des Winters Aufenthalt in friedlichen Gegenden zu suchen. Zu diesen gehört auch Todtmoos. Leider ist damit ein großer Mißstand verbunden, denn die Fremden benutzen die Gelegenheit zum Hamstern auf den umliegenden Ortsschaften und treiben dabei die Lebensmittelpreise in unverantwortlicher Weise in die Höhe. Es wäre angebracht, wenn dagegen vorgegangen würde.

(-) **Vom Schwarzwald, 17. Febr.** Die Badische Landwirtschaftskammer beabsichtigt die Melioration landwirtschaftlich unerschlossenen Geländes auf den Schwarzwaldbergen. Weite Strecken, die jetzt nur mit Gestrüpp bewachsen sind, eignen sich wohl zum Anbau von Kartoffeln oder Korn. Nach Eintritt der schneefreien Zeit wird die Landwirtschaftskammer eine Besichtigung der in Frage kommenden Gegenden vornehmen.

(-) **Meßkirch, 18. Febr.** In den Gemeinden Kreenheinsteden und Rast sind die Pocken ausgetreten. Im vorgenannten Ort sind bereits die Eheleute Blocker gestorben.

## Württemberg.

(-) **Heilbronn, 18. Febr.** (Gegen die Uebergriffe des Soldatenrats) Schriftliche Verwahrung eingelegt und die Verdienste des Stadtpfleger's Herion um die Lebensmittelerzeugung der Stadt mit wärmstem Dank anerkannt.

(-) **Bad Mergentheim, 18. Febr.** (Freundenverkehr.) Die diesjährige Kurzeit soll vom 1. Mai bis Ende September dauern. Der Besuch von Bad Mergentheim soll nur wirklich Kranken auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses gestattet werden. Dieses Zeugnis ist beim Oberamt einzureichen, das die Genehmigung oder Ablehnung herbeiführt. Begleitpersonen werden bei längerem Aufenthalt nur zugelassen, wenn die Notwendigkeit vom Arzt bestätigt wird. Alle Kurkandidaten, die ohne Erlaubnis hieher kommen, haben Ausweisung innerhalb einiger Tage zu gewärtigen.

(-) **Tübingen, 18. Febr.** (Akademische Begrüßungsfeier.) Am letzten Sonntag wurden in der Stiftskirche die heimgekehrten Kriegs-Studenten feierlich begrüßt. Die Chargierten der Verbindungen zogen mit umflossenen Fahnen in die Kirche, wo sich die Angehörigen der Universität, voran der Rektor und die Lehrer im Ornat, eingefunden hatten. Die Begrüßungsrede hielt der Rektor der Universität.

(-) **Maulbronn, 18. Febr.** (Neues Tätigkeitsfeld.) Wie der „Bürgerfreund“ hört, wurde unserem Oberamtsvorstand, Regierungsrat Eichenhaus, eine Ratssstelle beim Verwaltungsrat der Gebäudebrandversicherungsanstalt in Stuttgart übertragen.

## Die elsässische Delegation bei der deutschen Presse in Weimar.

U. P. C. Unser Sonderberichterstatter von Weimar drahtet uns: Ein Teil der elsässischen Abgeordneten, die in Weimar sind und auf ihre Zulassung zu der deutschen Nationalversammlung warten, wurden am Freitag vormittag von der Vereinigung der deutschen und österreichi-

gen Presse empfangen, um dort die Gründe darzulegen, die die elsässisch-lothringische Bevölkerung veranlaßte, bei der Nationalversammlung um ihre Zulassung zu bitten. Steuerdirektor Gbys aus Strassburg und Stadtrat Glig aus Kolmar erstatteten eingehend Bericht über die Entwicklung der Stimmung im Elsaß-Lothr. Volk und wies auf die wirtschaftliche und politische Wirkung hin, die das Aufgehen von Elsaß-Lothringen in Frankreich für dieses Volk und seine Wirtschaft selbst, wie vor allen Dingen für das Deutsche Reich haben müßte. Die Stimmung sei zweifellos nach dem Zusammenbruch Deutschlands und nach der Einwirkung der Siegerstimmung auf das Volk einen Augenblick als begeisterte Franzosenfreundschaft in Erscheinung getreten. Die breite Masse der Bevölkerung, insbesondere die Bauern und Arbeiter, haben sich jedoch von Anfang an starke Zurückhaltung auferlegt und die Art, wie Frankreich jetzt jede Rücksicht auf Stimmung und Bedürfnis der Landesbewohner vermissen lasse, vor allen Dingen aber auch die Unterdrückung, die für Elsaß-Lothringen ungeheure wirtschaftliche Nachteile durch das Aufgehen dieses Landes in Frankreich zu Folge haben müßte, haben bereits stark ernüchternd gewirkt. Beide Redner gaben übereinstimmend ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß, wenn sie das Recht der Selbststimmung und damit gesicherte Volksherrschaft darüber erhalten, eine überwiegende Mehrheit gegen Frankreich und für ein neutrales Elsaß-Lothringen votieren würde.

Die deutsche Presse bat sie, das elsässische Volk in seinem Bemühen zu unterstützen, damit es sich nicht noch einmal, wie nach 70, über einen wirtschaftlichen Zusammenbruch hinweg neue Zukunftswege suchen müsse. Die Mehrheit des Volkes denke nicht daran und würde sich in seinem Innern verweigert fühlen, wenn sie zu Frankreich zwangsweise hinübergeführt werde. Die Bevölkerung verheißt wohl, daß Deutschland jetzt zunächst sich mit seinen eigenen Sorgen beschäftigen, aber man dürfe über der augenblicklichen Not nicht große Zukunftsmöglichkeiten endgültig unterbinden und die große Entwicklungsmöglichkeit eines neutralen Elsaß-Lothringen für Deutschland nicht für alle Zukunft durchkreuzen. Sie gaben der Meinung Ausdruck, während der ersten Tage ihres Hierseins sei fast keine Hoffnung gewesen auf einen Erfolg bei der Nationalversammlung, im Laufe der Tage habe sich jedoch die Aussicht stark gebessert, bei der Nationalversammlung ihre Zulassung zu erreichen. Die Ausführungen machten starken Eindruck und wurden von den Vertretern der Presse aller Richtungen mit lebhaftem Beifall und durch Zusicherung redlicher Unterstützung unterstrichen.

## Das Ende der Sozialisierungskommission.

U. P. C. Die Mitglieder der Sozialisierungskommission haben ihre Aender der Regierung zur Verfügung gestellt. Damit hat diese Kommission ein vorzeitiges Ende gefunden. Ihre Arbeiten hatten von vornherein zu leiden unter einem Zwiespalt der Auffassung. Die Sozialisierungskommission betrachtete es als ihre Aufgabe, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie der Kernpunkt des sozialdemokratischen Programms zur Durchführung gebracht werden kann. Im Reichswirtschaftsamt herrschte dagegen die Auffassung, daß die Sozialisierungskommission nur ein Gutachten abgeben solle über die Durchführung der Sozialisierung. Je weiter die Arbeiten der Kommission vorschritten, in desto weiteren Kreisen kam die Ueberzeugung zum Durchbruch, daß die Kommission weniger zum Nutzen Deutschlands, als zum Vorteil der Feinde arbeite. Der frühere Sozialdemokrat Calver hat mit Recht hervorgehoben, daß jede Erweiterung des Staatseigentums in Deutschland den Feinden neue staatliche Objekte darbietet, aus denen sie sich nach Herzenslust bezahlte machen können für all das, was sie uns als Rechnung zu präsentieren gedenken. Aus diesem Grunde hat Calver die Sozialisierungskommission ermahnt, ihre Arbeit einzustellen, weil sie den Feinden einen Teil der wertvollsten Produktionsmittel Deutschlands auf dem Präsentierteller anbiete. Wenn auch unwillig, hat die Kommission diesem Wunsch überraschend schnell entsprochen.

ep. Für die deutschen Kriegsgefangenen. Aus der aus den Vertretungen der evangel. Landeskirche gebildete Deutsche Evang. Kirchenauschuss erließ vor kurzem einen Aufruf für die deutschen Kriegsgefangenen an die evang. Glaubensbrüder in den neutralen Ländern. Sie rufen ihre Bruderliebe auf. Sie appellieren an ihr Gerechtigkeitsgefühl. Sie leben in der Hoffnung, daß alle die Not der deutschen Gefangenen in gegenseitiger Linderung auf Herz und Gewissen nehmen und ihnen nach vollen geistigen Einfluß auf jede Weise geltend machen, um aus der Geschichte der zivilisierten Welt ein schweres Unrecht zu tilgen und deutsche Gefangene nicht länger auf fremdem Boden in Schmach und Schande und Verlassenheit schmachten zu lassen.

— **Postverkehr mit unseren Gefangenen in Sibirien.** Ein Postverkehr mit den noch in Sibirien verbliebenen deutschen Gefangenen war bisher nicht möglich. Das dänische Rote Kreuz in Kopenhagen ist jedoch voraussichtlich in der Lage, Postkarten — keine anderen Sendungen — an diese Gefangene durch Vermittlung des dänischen Konsuls in Wladivostok zu befördern. Die Postkarten sind zunächst in offenem Umschlag, ohne Begleitschreiben an das dänische Rote Kreuz in Kopenhagen unmittelbar einzusenden. Die an das dänische Rote Kreuz gerichteten offenen Briefumschläge mit den eingelegten Postkarten sind als Kriegsgefangenenendung portofrei.

— **Zugsverbindung.** Nach Mitteilung der Generaldirektion werden durch Personenzug 24 folgende Verbindungen von Stuttgart nach Frankfurt a. M. vermittelt: Personenzug 21 Stuttgart Hbf. ab 8.03 Vm. Zug 941 Heidelberg an 11.54 Vm. Zug D 111 Heidelberg ab 12.28 Nm. Friedrichsfeld an 12.42 Nm. D 11 Friedrichsfeld ab 12.50 Nm. Darmstadt ab 2.18 Nm. Dieburg an 2.45 Nm. Offenbach Hbf. an 3.48 Nm. Frankfurt Hbf. an 4.05 Nm.

— **Entlassungen.** Soweit tunlich, werden auf Wunsch alle, die Arbeit oder Unterhalt nachweisen, aus dem Heeresdienst entlassen ohne Rücksicht darauf, ob die Betreffenden ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht schon ganz oder nur zum Teil erfüllt haben. Jedoch muß in letzterem Falle die Wiedereinziehung der Leutnants vorbehalten bleiben.

— **Entlassungsanzüge.** Uniformstücke werden seit der Revolution nicht mehr angefertigt. Soweit Mannschaften militärische Bekleidungsstücke als Entlassungsanzug erhalten, handelt es sich um Borräte bei den Truppen und dem Bekleidungsamt. Zurzeit werden beim Bekleidungsamt nur Zuschnitte von Zivilanzügen für Entlassene hergestellt und zwar zum Teil aus militärischen, zum Teil aus bürgerlichen Stoffen. Diese Anzüge bestehen größtenteils aus Rock, Hose und Weste und sind nach bürgerlichem Schnitt gearbeitet. Es steht jedem, der zur Entlassung kommt, frei, an Stelle einer Uniform sich einen solchen bürgerlichen Anzug überweisen zu lassen. Der Antrag ist bei dem entlassenden Truppenteil zu stellen. Diese Zivilanzüge sind in so vieler Größennummern vorhanden, daß jeder Entlassene einen passenden Anzug findet.

— **Steigerung der Grundstückspreise.** In Söflingen wurde vor zwei Jahren ein Grundstück der Stadt Ulm für 33000 Mk. zum Kauf angeboten, für das heute 83000 Mk. bezahlt wurden.

— **Brotkartendiebstahl.** Aus einer Sendung Reisbrotmarken, die am 28. Januar von München nach Stuttgart als Expreßgut ging, wurde ein Paket mit 1000 Blatt Nr. 95000 bis 96000 Serie 6 A. B. gestohlen. Vor Annahme der Nummern warnt die Staatsanwaltschaft.

## Bermischtes.

Nichtigstellung. Zu der Behauptung des Abg. Bruchmann in der württ. Landesserversammlung, Großadmiral v. Tirpitz habe in einer von Tirpitz einberufenen Versammlung zur Bildung einer inneren Front auf einen Entwurf hin gesagt: „Merken Sie denn nicht, daß meine ganze Politik hinsichtlich des Landboothkriegs ein Bluff (Täuschung) gewesen ist? Bei England mit solchem Bluff arbeitete, so habe ich es für richtig befunden, ebenfalls in dieser Weise vorzugehen.“ Darauf haben die Eingeladenen den Saal verlassen und Geheimrat Schiller sei zusammengebrochen. — Geheimrat Schiller hat bereits öffentlich die Behauptung Bruchmanns als unrichtig widerlegt. Nun richtet der Sohn des Großadmirals v. Tirpitz, Kapitänleutnant v. Tirpitz, folgenden Brief an den Präsidenten der württ. Landesserversammlung: „Im Auftrag meines Vaters beehre ich mich, Em. Hochwohlgeborenen folgendes mitzutellen: Mein Vater hat eine Aeußerung ähnlichen Inhalts weder bei der haupttellen Veranlassung, noch jemals sonst getan. Außerdem ist die Anregung zu der erwähnten Äußerung nicht von ihm, sondern von ganz anderer Seite ausgegangen. Es hat auch niemand die Sitzung aus angegebenem Grunde verlassen, endlich ist Professor Schiller in keiner Weise aus diesem Anlaß zusammengebrochen. Ich bitte Sie, der Landesserversammlung von dieser Feststellung Mitteilung zu machen. Hochachtungsvoll v. Tirpitz, Kapitänleutnant.“

Deutsch-Lias-charge in bolschewistischer Gewalt. Ein Hamburger Blatt brachte kürzlich die Nachricht, daß über 20000 deutsche Kriegsgefangene in Rußland als Instrukteure für die bolschewistische Propaganda ausgebildet und 50000 deutsche Gefangene trotz deutscher Proteste von den Bolschewisten in die Kätearmee eingereiht worden wären. Wenn auch diese Zahlen zweifellos sehr übertrieben sind, so ist doch immerhin bemerkenswert, daß eine beträchtliche Zahl deutscher Kriegsgefangener zu bolschewistischen Diensten gezwungen worden ist.

100. Geburtstag Max Schneckenburgers. Am Montag, den 17. Februar waren es 100 Jahre, daß der Sanger der „Wacht am Rhein“, die ganz Deutschland zur Ehre und zum Kampf und Sieg begeisterte hat, zu Thalheim, württ. Oberamts Lutlingen, als Sohn eines Landwirts, der zugleich ein Labendgeschäft betrieb, das Pflanz der Welt erblickt hat. Max Schneckenburger wollte gleich seinem älteren Bruder Matthias, dem nachmaligen Professor der Theologie in Bern, dem Studium sich zuwenden, allein sein Vater wünschte, daß er Kaufmann werde, und Max fügte sich. Schon als Knabe zeigte er eine begeisterte Liebe zum Vaterland und Deutschum und als in Frankreich wieder einmal Gefolge nach einem Raubzug in Deutschland sich bemerkbar machten, da schrieb Schneckenburger im November 1849 jene berühmten Verse nieder, die „Wacht am Rhein“ die jetzt in den dunklen Tagen des Reichs, nachdem das linke Rheinufer wieder vom Feind besetzt ist, prophetische Bedeutung erhält, um nationalen Schutz und Trutz der Deutschen geworden. Schneckenburger starb am 3. Mai 1849, dreißigjährig, als Teilhaber einer Eisengießerei in Burgdorf bei Bern.

Woher unser Fischmangel? Obgleich man in Dänemark und Schweden riesenhafte Mengen Fische, namentlich Heringe fängt ist die Zufuhr für Deutschland ganz ohne Bedeutung. Der Reichskommissar für Fischverforgung erklärte dies damit, die Matrosen wollen nicht ausfahren, sie bleiben im Hafen und machen „Sozialisierungsexperimente“. Ferner beschlagnahmten die Soldatenräte vielfach die gefangenen Fische. Die Besatzungen vieler Fischdampfer fordern derart hohe Löhne, daß viele Schiffe besser lieber gar nicht mehr ausfahren.

Der dummpfiffige Verbrecher. In der Nacht zum Montag versuchte ein Eindringler in Altona an der Flottbeker Chauffee in eine Villa einzubrechen. Man überreichte ihn, worauf er die Flucht ergriff. Zwei Inspektoren stellten sich ihm entgegen. Der Eindringler schoß beide nieder. Er floh dann weiter und wurde von zwei Sicherheitsjägern gestellt. Diese schoß er ebenfalls nieder. Dann entkam er. In früher Morgenstunden hielt eine Sicherheitspatrouille in Altona einen Mann an, der eines unheimlichen Leibesumfang hatte. Als man den Mann zum Wache bringen wollte, griff er in die Tasche, zog einen Revolver und versuchte die Wache abzudrücken. Er kam aber nicht dazu da man ihm die Waffe entwand. Durch Feststellung des Kalibers des beschlagnahmten Revolvers stellte man fest, daß es das gleiche ist, womit auf die vier Personen in der Nacht geschossen wurde. Diese liegen hoffnungslos darnieder. Der Verbrecher hatte sich durch das übermäßige Zuliegen der Leibesgröße unkenntlich zu machen versucht, aber gerade dadurch war er auffällig geworden.

Am Samstag nachmittag wurde in dem belebtesten Stadtteil Berlins, in einem Ladenlokal der Friedrichstraße, die 46 Jahre alte, ledige Ladeninhaberin Hedwig Gliese ermordet und beraubt. Am den Raubmord zu verdecken, legten die Verbrecher Feuer an.

## Mutmaßliches Wetter.

Unter dem Einfluß eines starken Luftwiedels ist an Donnerstag und Freitag Fortsetzung des nachhaltigen Wetters zu erwarten.



**Heimkehr der Zivilgefangenen.** Die „Deutsche Illg. Ztg.“ erfährt, die englische Regierung habe neuerdings die Genehmigung zur allgemeinen Heimförderung der deutschen und anderen feindlichen Zivilinternierten, die abzureisen wünschen, erteilt. Die Heimführung aus England solle so schnell erfolgen, als der verfügbare Schiffsraum es gestattet.

**Dank des Kriegsministeriums.** Das Kriegsministerium spricht allen militärischen Dienststellen, die an der vom feindlichen Verband geforderten Abförderung der feindlichen Kriegsgefangenen bis zum 15. Januar beteiligt waren, Dank und Anerkennung für die gute Erledigung der überaus schwierigen Aufgabe aus.

**Anfragen über den Verbleib von Kriegsgefangenen** sind an das Zentralnachweisbureau, Berlin NW, Torsothenstr. 43, zu richten.

**Papierpreiserhöhung.** Infolge der starken Lohnsteigerungen, des Rohstoffmangels und der Kohlennot ist der Preis für Druckpapier wieder um 5.50 Mk. für 100 Kg. erhöht worden.

**Die Erzeugerpreise für Frühlingsmüße** beschränken sich in diesem Jahre auf Erbsen, Bohnen, rote Möhren und Karotten, Kohlrabi, Frühweizen, Frühweizen und Frührotkohl sowie Frühweizen. In Spargel, Rhabarber, Spinat, Kürbissen, Tomaten, Gurken und Krabis werden in diesem Jahre keine Richtpreise festgesetzt. Besonders zu beachten ist, daß für kleine runde Karotten keine besonderen Höchstpreise mehr festgesetzt werden. Sie fallen unter den gleichen Preis wie rote Möhren und längliche gelbe Rüben. Diese Maßnahme bezweckt, daß der Anbau der kleinen runden Karotten mit Rücksicht auf den geringen Ertrag nicht unterdrückt werden soll. — Für Frühbohnen werden in diesem Jahre weder Richt- noch Höchstpreise erlassen werden.

**Freigabe.** Da die Versorgung für das Feldheer wegfällt, ist der Verkehr mit Obereisen und Sauerkraut freigegeben worden.

**Weder Erhöhung der Kriegsbeschädigtenunterstützung** ist zwischen den Führern der Fraktionen in der deutschen Nationalversammlung in Weimar gutem Vernehmen nach eine Einigung erzielt worden. Die Bezüge der Kriegsbeschädigten werden demnach voraussichtlich eine nicht unwesentliche Verbesserung erfahren.

**Die Rangabzeichen.** Die Verwaltungsabteilung des bayer. Kriegsministeriums gibt die neuen Rangabzeichen für das bayerische Heer bekannt. Sie bestehen in Streifen von hellblauer Befehlsfarbe, die auf der feldgrünen Uniform angebracht werden. Die Abzeichen gestalten sich in eine Klasse schmaler und drei Klassen breiter Streifen. Die Verteilung ist folgende: Unteroffizier 1 schmaler Streifen und Fähnrich 2 schmale, Wazefeldwebel 1 schmaler Streifen und Offizierstellvertreter 4 schmale Streifen. Leutnant und Feldwebellieutenant 1 breiterer, Oberleutnant 1 breiterer und 1 schmaler. Hauptmann 1 breiterer und 2 schmale

**Streifen, Major 1 breiter, Oberleutnant 1 breiter und 1 schmaler, Oberst 1 breiter und 2 schmale Streifen, Generalmajor 1 ganz breiter Generalleutnant 1 desgl. und 1 schmaler, General der Infanterie 1 desgl. und 2 schmale Streifen.**

**Die Rassen.** Dieser Tage wohnten im Hoftheater in Kassel zwei russische Offiziere (Kriegsgefangene) in voller Uniform der Bekleidung in der ehemaligen Kaiserloge des. Auf den Protest der übrigen Besucher lehnte Oberregisseur Sleg es ab, einzuschreiten. Jedermann könne für sein Geld die Kaiserloge mieten.

Die schwarzen Fäden sind in Neukölln (Rixdorf) bei Berlin festgestellt worden.

**„Deutscher Arbeiterbund.“**

**D.P.U.** Ein günstiger Wind hat uns ein Schreiben des Deutschen Arbeiter-Bundes, Geschäftsstelle Frankfurt a. M., in die Hände gespielt, dem auch die Nummer 4 seiner Wochenschrift „Deutscher Arbeiter“ beigelegt war die vornehmlich als Werbemittel vorgesehen ist. Das vorgenannte Schreiben ist an die Parteiorganisationen der „Deutschen liberalen Volkspartei“ gerichtet und ist von einem Herrn Geisler, Generalsekretär für Mittel- und Süddeutschland, gleichzeitig auch Schriftleiter des vorgenannten Organs unterzeichnet.

Die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine, auch Gelbe, genannt, waren bekanntlich ein Produkt der Schwerindustrie und des Großkapitalismus, allerdings hervorgerufen durch den radikalen Druck der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft. Politisch gehörten sie auch zum rechten Flügel der früheren Nationalliberalen, die jetzt mit Herrn Stresemann nach rechts abgeschwenkt sind.

Die lange Dauer des Kriegs und die Revolution haben nun im November vorigen Jahres ein Abkommen der Organisationen der Arbeitgeber mit denen der Arbeitnehmer gezeitigt, in dem unter Ziffer 3 gesagt wird:

„Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.“

Auch die Reichsregierung hatte dieses Abkommen unterzeichnet und dem noch eine längere Erklärung beigelegt, nach welcher zur Regelung des Wirtschaftslebens während der Uebergangswirtschaft ein Zentralausschuß eingesetzt wird. Damit waren die „Gelben“ ihres Schimmers beraubt, sie mußten sich auflösen.

Das war am 14. November 1918 und schon Anfangs Dezember haben wir eine Zeitungsnotiz zu Gesicht bekommen, in welcher der Deutsche Arbeiter-Bund, getragen von den gelben Werkvereinen seine Auferstehung feiert. Derselbe haben, nur eine andere Nummer.

Sehr interessant und bezeichnend ist zu lesen, was der Deutsche Arbeiterbund ist und was er will. Während die anderen Gewerkschaftsrichtungen ihren Mitgliedern freien Spielraum in parteipolitischer Betätigung gewähren und nur wirtschaftliche Interessen im Auge haben, sagt der „Arbeiterbund“ davon zwar nichts, denn der Arbeiterbund ist eine gewerkschaftliche Organisation sein. Aber aus

Innersten erschauern, ob der furchtbaren Wiederholungen der Weltgeschichte, des namenlosen Glucks, das uns allen droht. Vergeht nicht über den kleineren Fragen und Fäulnissen der innerpolitischen Neuordnung die alleinbeherrschende größte und wichtigste, **den Bestand des Reichs und den Frieden**, die ganz allen den Fortschritt und die Verwirklichung unserer Menschheitswünsche verbürgen.

Und darum richte ich die Aufforderung an euch alle ihr schwäbischen Kämpfer, besonders aber meine treuen Kriegesgefährten, an die Hunderte und Tausende Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die unter meinem Kommando im Weltkrieg ihr Bestes gaben, vertraut euch meiner Führung an zur Bildung eines schwäbischen Freikorps laßt uns erneut des Reiches Sturmfähne voran tragen und meldet euch zum Eintritt.

**General Haas**

Vom Generalkommando beauftragt mit der Bildung und Führung einer Württ. Freiwilligen-Abteilung für den Heimatschutz Ost.

**Zusatz des Landesauschusses der 3. Räte Württembergs.**

Die Ostgrenze, besonders Posen und Schlesien sind in Gefahr, ein Opfer polnisch-nationalistisch-monarchischer Bestrebungen, sowie russisch-irregulärer Banden zu werden. Allein diese Gefahr abzuwehren, soll die Aufgabe der Freiwilligenabteilung sein.

**Landesauschuß der Soldatenräte Württemberg's.**

**Anmerkung:** Die Bedingungen für den Eintritt in die Württ. Freiwilligen-Abteilung (W. F. A.) sind die gleichen wie sie für den Grenzschutz Ost von der Reichsregierung festgesetzt worden sind. Diese Bedingungen können bei allen Truppenteilen und militärischen Behörden eingesehen werden.

**Meldungen zum Eintritt.**

1.) Offiziere, Sanitäts- und Veterinär-offiziere und Beamte persönlich am Donnerstag den 20. 2. 19, 11 Uhr vormittag in Stuttgart beim Kriegsministerium Olgastr. 13. Vorherige schriftliche Anmeldung (Postkarte) an Kriegsministerium, Stuttgart, Abteilung A. 7 unter Angabe des Namens, der Feldzugvorgangeneheit, des Dienstalters, des Wohnorts und der Wohnung erbeten.

2.) Unteroffiziere und Mannschaften bei sämtlichen Truppenanteilen oder Bezirkskommandos. Truppenteile und Bezirkskommandos sind nur zur Annahme von Meldungen und Ausstellung von Fähnlein nach Münstingen, wo die Ausstellung der W. F. A. erfolgt, berechtigt. Die endgültige Einstellung und damit die Auszahlung der besonderen für Grenzschutz-Ost zustehenden Gehältnisse erfolgt vom 1. 3. 19, ab erst nach vollzogener Annahme der Freiwilligen durch die W. F. A. in Münstingen.

Dem Schreiben an die Parteiorganisationen ist heraus zu lesen, daß sein ureigenster Zweck, die Unterstützung der Deutschen liberalen Volkspartei bedeutet.

Daß diese Neugründung auch auf Württemberg übergreift, geht daraus hervor, daß der Führer des bei der Firma Bosch aufgelösten Gelben Werkvereins, Henne aus Cannstatt, unter die Vertrauensmänner des Arbeiterbunds aufgenommen ist.

**Sozialdemokratische Forderungen für Gemeindevahlen.**

**D.P.U.** Für die Stadtverordnetenwahlen in Berlin haben die Sozialdemokraten ein Flugblatt veröffentlicht, dessen Forderungen weit über Berlin hinaus allgemeines Interesse beanspruchen dürfen, weil die Sozialdemokratie die gleichen Forderungen auch in anderen Gemeinden erhebt. Das Berliner Flugblatt verlangt eine Kommunalisierung des Verkehrswezens. Die Straßenbahnen, die Omnibusse und Autobusse sollen verstaatlicht werden. Ebenso der im Reichsbilde der Stadt gelegene Grund und Boden. Ferner sagt das Flugblatt: „Die Versorgung der Einwohner mit Milch, Kartoffeln und Gemüse, mit Brot und Fleisch muß die Stadtverwaltung übernehmen.“ — Diese Forderung bedeutet eine Vernichtung des Kleinhandels. Die abertausend Existenzen, die vom Handel mit Milch, Kartoffeln und Gemüse, mit Brot und Fleisch leben, sollen brotlos gemacht werden. Dabei verspricht das sozialdemokratische Flugblatt, daß die Sozialdemokratie dahin wirken wird, daß jede Bürgerin und jeder Bürger ausruhen kann: es ist eine Lust zu leben! Dem Fleischer und dem Bäcker, dem die Stadtverwaltung sein Geschäft abnehmen soll, wird schwerlich eingeredet werden können, daß es für ihn eine Lust ist zu leben, wenn er eine Selbständigkeit als Gewerbetreibender aufgeben muß.

**D.P.U. Stuttgart, 17. Febr.** Der Ausschuß für Arbeiterfragen der Deutschen demokratischen Partei war letzten Samstag zu einer weiteren Sitzung im Fraktionszimmer zusammengetreten. Auf der Tagesordnung standen Organisationsfragen, wofür Adolf Hahn Stuttgart ein ausführliches, wohlüberdachtes Referat erstattete, an das sich eine ausgedehnte Debatte angeschlossen, die eine Reihe namentlich waktischer, Ratschläge brachte. Das Ergebnis der Beratung wurde in einer Entschließung zusammengefaßt, die nicht einer Anzahl Richtlinien auf der Grundlage des Hahn'schen Referats dem Hauptauschuß vorgelegt wird. Zum Schluß wies der Vorsitzende, Arbeiterssekretär Fuchs-Cannstatt noch warnend auf den in Frankfurt neu gegründeten Arbeiterbund hin, der nichts anderes ist als eine Wiederauferstehung der „gelben Gewerkschaften“ unter neuer Firma.

Druck und Verlag der H. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

**Bekanntmachung.**

Die Auszahlung der Familienunterstützungen an die **Heimkehrberechtigten** erfolgt am **Donnerstag, den 20. Januar 1919.** vormittags 9—11 Uhr. Wildbad, 19. Februar 1919. **Stadtpflege.**

**Generalkommando XIII. A. K.** Stuttgart, den 15. Februar 1919.

**Korpsbefehl.**

Gemäß Verfügung des Kriegsministeriums Nr. 589 R. A. 1. vom 1. Februar 1919 (Württ. M. V. Bl. Nr. 12 v. 11. Febr. 1919) wird Generalmajor Haas mit Bildung und Führung einer Württ. Freiwilligen Abteilung für den Grenzschutz-Ost beauftragt. Die in nachstehenden dem Aufruf für die Annahme von Freiwilligen getroffenen Sonderbestimmungen sind endgültig. J. A. d. S.-R. Württbg. gez. Hof. W. f. d. G. R. D. Ch. d. D. St. gez. Wollwarth Oberstleutnant.

**Aufruf**

**zur Bildung einer Württ. Freiwilligen Abteilung zum Schutz der Ostgrenze.**

Kameraden, der Krieg ist nicht zu Ende! Gegen Ostpreußen Posen und Schlesien ziehen schwere Gefahren herauf. Jahrhunderte lang mit deutschem Fleiß gedüngtes Kulturland droht uns verloren zu gehen, das bisher die größten Produktionsüberschüsse an Brotgetreide und Kartoffeln zu unserer Ernährung, an Kohlen und Erzen für unsere Arbeit geliefert hat. Wir dürfen es nicht verlieren, ohne die schwerste, wahrhaft vernichtende Niederlage unseres Wirtschaftslebens zu erleiden. Alle deutschen Volksgenossen sind daran gleich beteiligt.

Denkt daran, daß eure eigenste Lebensnotwendigkeit auf dem Spiele steht. Dort winkt später friedliche Arbeit, Neuland für innere Befriedung. Schon vor 100 Jahren sind Männer aus schwäbischem und fränkischem Blute dorthin ausgesiedelt. Wer, wie ich, das Land selbst gesehen, und das schlichte Grabmal Ulrichs von Jungingen auf dem Schlachtfeld von Tannenberg sinnend betrachtet hat, der muß im

Die Annahme in Münstingen selbst beginnt am 1. 3. 19.

- 3. **Sonderformationen werden eingestellt:** Nachrichtentruppen für Baihingen a./F. Kraftfahrtruppen beim Kraftfahrbatl. in Untertürkheim Pfliegergruppen in Böblingen Schneeschuhtruppen in Jny.

**Hypotheken-Darlehen**

an pünktliche Zinszahler abzugeben. **Stahl & Federer Aktiengesellschaft** Filiale Wildbad.

**Seezungen**

**Kabeljau**

und **Adolf Blumenthal**

**Waffeleisen**

3 tüchtige fleißige **Arbeiter** für Plog und Wert zum sofortigen Eintritt gesucht. **Windhoffäge.** Eine Partie 5 teilige heizförmige **Waffeleisen** 19 und 24 cm. Durchmesser hat abzugeben. **Fr. Bloß.**

**Harmonium**

kleinere preiswert franko; auch mit **Spicelapparat**, mit dem jeder sofort ohne Notenstimmig spielen kann. **K. Roggenbach, Obertürkheim.**

**Turnverein Wildbad.**

Deute abend 8 Uhr **Turnstunde.**

Der **Turnwart.** Einen größeren Posten offene **Holzjäger**

leere Blechbüchsen sowie Versand-Kartons, Ferner Malerfarben (trocken) sowie einen Handlaren verlaufen billigst. **Red. Drogerie und Photohaus Gebr. Schmitt.**

**Kautschuk-Stempel** mäßig **G. F. Holt.**